

Der kleine Bund

Auf Berndeutsch gegen die Ohnmacht

Ein Projekt für Geflüchtete Farhad Haji ist selber vor acht Jahren in die Schweiz geflüchtet. Nun unterstützt der Migrationsfachmann andere Geflüchtete – und kritisiert die hiesigen Strukturen.

Jessica King

«Guter Tee heute», sagt Farhad Haji auf Arabisch. Schwarz, stark, mit zwei Teelöffeln Zucker.

Das sei die einzige Bedingung für seine Hilfe, fügt er auf Berndeutsch hinzu. Dass er eine Tasse Tee kriege.

Die Familie, bei der er im Wohnzimmer auf dem geblühten Sofa sitzt, stammt wie er aus Syrien. Vor drei Jahren sind Mutter, Vater, vier Kinder und zwei Enkelkinder als sogenannte Resettlement-Flüchtlinge in die Schweiz gereist. Legal, mit dem Flugzeug. Das Programm des Flüchtlingskommissariats UNHCR teilt besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in Drittstaaten zu.

«Eine Lösung suchen»

Als besonders schutzbedürftig gilt diese Familie unter anderem, weil zwei Kinder an einer schweren und sehr seltenen Krankheit leiden: Sie leben mit einer starken Behinderung und brauchen einen elektrischen Rollstuhl. So in die Schweiz zu fliehen, über das Mittelmeer oder die Balkanroute, auf Booten oder mit Lastwagen, wäre unmöglich gewesen, sagt der Vater.

Mittlerweile erzählt eine der erwachsenen Töchter Farhad Haji von ihrem letzten Besuch auf dem Sozialamt. Sie will ein Praktikum anfangen, müsste dafür aber ihre Kinder in die Tageschule schicken, sagt sie. Das Sozialamt wolle aber die Tageschule nicht finanzieren – die Tochter hat nun Angst, dass sie deshalb beim Praktikumsbetrieb absagen muss.

Haji runzelt die Stirn, währenddessen er auf Deutsch übersetzt. Er werde dem nachgehen, verspricht er dann der Tochter. Was heisst das? «Immer dasselbe», sagt er. «Einen Termin vereinbaren, mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sprechen, eine Lösung suchen.»

Wissen von Landsleuten

Farhad Haji sieht sich als Brücke zwischen Geflüchteten und der Schweiz. Was das bedeutet, wird beim Besuch bei dieser Familie klar. Denn die Realität, die sie aus Syrien kennen, ist weit entfernt von der Realität in der Schweiz. In Syrien gebe es keine Invalidenversicherung, keine Sozialversicherungen, keine Arbeitsintegration, zählt der Vater auf. «Die einzige Versicherung ist es, Kinder zu haben.»

Hier in der Schweiz kämpft sich die Familie nun durch einen Bürokratie-Dschungel, den sie sich bemüht zu überblicken. Bei Terminen mit dem Sozialamt oder den Ärztinnen benützen Mutter und Vater zwar Google Translate, halten das Handy hin, lesen die automatische Übersetzung. Doch das genügt oft nicht, weil sie nicht wissen, was der übersetzte Begriff «Invalidenversicherung» genau bedeutet. Erschwerend ist zudem: Ihr Wissen über die behördlichen Vorgänge in der Schweiz stammt mehrheitlich von Landsleuten, die teilweise selber falsche Informationen gelernt haben. «Ich fühle mich oft verloren», sagt der Vater.



Migrationsfachmann Farhad Haji führt die «Integrationsbrücke» – ein Projekt, um Geflüchtete zu unterstützen. Foto: Franziska Rothenbühler

«Ich fühle mich oft verloren.»

Syrischer Mann aus dem Raum Bern

Die Probleme der Familie gehen weiter als Arztbesuche oder IV. Über eineinhalb Jahre lang hatten die Kinder etwa keine Elektrorollstühle, stattdessen schob sie die Mutter abwechslungsweise bei medizinischen Terminen zum Bahnhof. Der Vater habe die Kinder nicht zum Arzt fahren können, weil sein syrischer Führerschein erst noch zu einem schweizerischen umgewandelt werden müsste. Geändert hat sich alles erst, als Farhad Haji die Familie zu unterstützen begann und Kontakt mit den Behörden

aufnahm. «Vorher hatten wir schon aufgegeben», übersetzt Farhad die Mutter.

Start des Projekts

Haji ist selber 2015 in die Schweiz geflüchtet, als der Krieg in Syrien auf dem Höhepunkt war. Seither hat der 28-Jährige etliche Berufe ausgeübt: Er war Hauswart, Sozialpädagoge bei der Jugendarbeit, Betreuer im Asylzentrum Aarwangen, Museumsguide im Bernischen Historischen Museum, Barmitarbeiter in der Turnhalle. Die für ihn wichtigste Er-

«Es braucht sowohl einen Integrationswillen als auch das zugehörige Angebot. Das muss zusammenpassen.»

Claudia Hänni

Leiterin Sozialamt der Stadt Bern

runtschaft: Er hat 2018 die «Integrationsbrücke Bern» gegründet. Ein Projekt für die interkulturelle Vermittlung. Seither arbeite er an mehreren Tagen pro Woche für das Projekt, sagt er, zahle sich aber nur sporadisch einen Lohn aus. «Je nachdem, ob wir genug Spenden haben.» Sein Leben finanziert er sich mit anderen Jobs. 2020 gewann der Verein den «Prix Effort», ein mit 10'000 Franken dotierter Förderpreis der Burgergemeinde Bern.

Farhad Haji kennt das Gefühl, wenn man die Sprache nicht kann, die Strukturen nicht versteht, sich verloren fühlt. Er erinnert sich an seine Ankunft in der Schweiz, als er dem Asylzentrum Viktoria in Bern zugeteilt wurde. An der ersten Haussitzung habe der Zentrumsleiter die Hausregeln und Angebote für die Bewohnenden in gebrochenem Englisch erklärt. «Ich konnte nur ganz wenig Englisch, die anderen gar nicht.»

Stattdessen hörte Haji auf Leute aus Syrien oder Afghanistan, die schon länger in der Schweiz waren. «Sie sagten mir, ich solle in einem Restaurant, einer Bäckerei, einem Coiffeurgeschäft arbeiten, sieben Tage die Woche, zwölf Stunden pro Tag, falls nötig auch schwarz. Deutschkurse würden nichts bringen.» Das war das einzige Bild, das Haji während der ersten Monate von der Schweiz hatte. Erst allmählich lernte er andere Leute kennen, unter anderem die vielen Freiwilligen, die in Bern Angebote gründeten. «Und allmählich verstand ich, dass ich auch eine Ausbildung machen könnte. Dass es Gratis-Deutschkurse und Übungsmöglichkeiten gab.»

Brücke zu den Menschen

Vor einem Monat hat Farhad Haji nun die Ausbildung zum Migrationsfachmann bestanden. Mit der «Integrationsbrücke» unterstützt er rund 150 bis 200 Personen pro Jahr, alle im Raum Bern. Und er hat eine starke Meinung, wie die Schweiz die Integration verbessern könnte. «Die Behörden müssten cleverer investieren», glaubt er. «Sie müssen nicht mehr Geld aufbringen, aber es besser verteilen.»

Was heisst das? Farhad Haji führt länger aus. Dass zwar viele Projekte und Angebote existierten, diese die Menschen aber nicht erreichten. Auch, weil diese nichts davon wüssten. Dass die Geflüchteten zwar zu ihren

Pflichten, aber nicht zu ihren Rechten instruiert würden. Eines der Probleme sei auch, dass die meisten Zentren auf dem Land seien, die Angebote hingegen im Zentrum. «Und der ÖV ist teuer.» Zudem sei fast alles auf Deutsch: «Dir wird in den Zentren auf Deutsch erklärt, welche Angebote existieren. Aber du musst jahrelang Deutsch lernen, bis du das verstehst. Und bis dann hast du viele Falschinformationen von Landsleuten erhalten, die es auch nicht besser wissen.»

Er ist überzeugt, dass sich Investitionen zu Beginn längerfristig lohnen. Klar könne jemand, der jung und kräftig sei, schnell eine Arbeit finden. Wie er es hätte machen können, der zuvor in Syrien als Gipsler tätig war. «Aber was passiert, wenn du mit Mitte 40 den Job verlierst und weder Ausbildung noch Sprachkenntnisse vorweisen kannst? Du findest dann keine Stelle mehr. Und das kostet den Staat schliesslich mehr, als wenn du zu Beginn eine Ausbildung gemacht und die Sprache gut gelernt hättest.»

Und was sagt das Sozialamt?

Angesprochen auf Farhad Hajis Kritik, zögert Claudia Hänni, Leiterin des Sozialamts der Stadt Bern. Gewisse Elemente kann sie nachvollziehen. Das Gefühl der Ohnmacht bei den Geflüchteten kennt sie, auch die Probleme, das Versicherungssystem zu verstehen. «Wir legen aber viele Anstrengungen darauf, zu vermitteln, wie die Schweiz funktioniert», sagt sie. Das fange bei den Kollektivunterkünften an, in denen Geflüchtete über Themen wie Schulsystem, Wohnungsmarkt, Rechte und Pflichten aufgeklärt würden. «Aber die Situation ist komplex», sagt Hänni. So kenne die Mehrheit der Länder beispielsweise keine Krankenversicherung. «Und sogar Schweizerinnen und Schweizer haben Mühe, das Sozialversicherungssystem zu durchschauen.»

Sie betont aber, dass sich vieles geändert habe, seit sich Bund und Kantone 2019 auf die sogenannte Integrationsagenda geeinigt haben. Im neuen System sollen Geflüchtete so rasch wie möglich einen Sprachkurs und eine Ausbildung absolvieren – sieben Jahre nach der Einreise sollte die Hälfte nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert sein. Die Fallführung ist durchgehend und beinhaltet unter anderem Potenzialabklärungen, damit die Geflüchteten individuell gefördert werden. «Es braucht sowohl einen Integrationswillen als auch das zugehörige Angebot», sagt Hänni. «Das muss zusammenpassen.»

Sie gibt aber Farhad Haji recht, dass sich Investitionen in die Integration längerfristig finanziell oft lohnten. Laut Gesetzgebung sei es aber die Aufgabe der Sozialhilfe, Menschen möglichst schnell in die finanzielle Selbstständigkeit zu entlassen. Egal wie. «Dass eine solche Vorgehensweise teilweise weniger nachhaltig ist, ist seit längerem ein Thema. Die Forderungen der Fachwelt, zu Beginn mehr zu investieren, liegen auf dem Tisch.» Das Problem sei einfach: Das koste kurzfristig mehr.